

PRESIDÊNCIA DA REPÚBLICA

Decreto do Presidente da República n.º 65/95

de 17 de Agosto

O Presidente da República decreta, nos termos do artigo 138.º, alínea b), da Constituição o seguinte:

É ratificado o Acordo entre as Partes Contratantes do Acordo de Schengen e a Polónia Relativo à Readmissão de Pessoas em Situação Irregular, assinado em Bruxelas a 29 de Março de 1991, a respectiva declaração comum, bem como a acta anexa ao Acordo, aprovado, para adesão, pela Resolução da Assembleia da República n.º 37/95, em 2 de Fevereiro de 1995.

Assinado em 6 de Julho de 1995.

Publique-se.

O Presidente da República, **MÁRIO SOARES**.

Referendado em 10 de Julho de 1995.

O Primeiro-Ministro, *António Cavaco Silva*.

ASSEMBLEIA DA REPÚBLICA

Resolução da Assembleia da República n.º 37/95

Aprova, para adesão, o Acordo entre as Partes Contratantes do Acordo de Schengen e a Polónia Relativo à Readmissão de Pessoas em Situação Irregular e a respectiva declaração comum e acta anexa.

A Assembleia da República resolve, nos termos dos artigos 164.º, alínea j), e 169.º, n.º 5, da Constituição, aprovar, para adesão, o Acordo entre as Partes Contratantes do Acordo de Schengen e a Polónia Relativo à Readmissão de Pessoas em Situação Irregular, assinado em Bruxelas a 29 de Março de 1991, a respectiva Declaração Comum, bem como a Acta anexa ao Acordo, cujas versões autênticas nas línguas alemã, francesa, italiana, neerlandesa e polaca, e respectiva tradução em língua portuguesa, seguem em anexo à presente resolução.

Aprovada em 2 de Fevereiro de 1995.

O Presidente da Assembleia da República, *António Moreira Barbosa de Melo*.

ÜBEREINKOMMEN BETREFFEND DIE RÜCKÜBERNAHME VON PERSONEN MIT UNBEFUGTEM AUFENTHALT

Die Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums

Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und der Republik Polen, nachfolgend Vertragsparteien genannt,

In Entwicklung einer gemeinsamen Visumpolitik der Vertragsparteien des am 14. Juni 1985 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens;

Zum Ausgleich insbesondere der Belastungen, die sich aus einem visafreien Reiseverkehr der Staatsangehörigen der Vertragsparteien dieses Übereinkommens ergeben können;

In dem Bestreben, die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt im Geiste der Zusammenarbeit und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erleichtern;

Mit der Bereitschaft, auch die Regierungen anderer Staaten zum Beitritt zu diesem Übereinkommen einzuladen;

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

1 — Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag einer anderen Vertragspartei formlos die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, soweit nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt.

2 — Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Person unter denselben Voraussetzungen zurück, wenn die Nachprüfung ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei war.

Artikel 2

1 — Die Vertragspartei, über deren Außengrenze die Person eingereist ist, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, übernimmt auf Antrag dieser Vertragspartei formlos diese Person.

2 — Als Außengrenze im Sinne dieses Artikels gilt die zuerst überschrittene Grenze, die nicht Binnengrenze der Vertragsparteien gemäß dem Übereinkommen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen ist.

3 — Die Rückübernahmeverpflichtung nach Absatz 1 besteht nicht gegenüber einer Person, die bei ihrer Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei was oder der nach ihrer Einreise ein Visum oder ein Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde.

4 — Verfügt die Person nach Absatz 1 über einen gültigen, durch eine andere Vertragspartei ausgestellten Aufenthaltstitel oder ein gültiges Visum, so übernimmt diese Vertragspartei auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei formlos diese Person.

5 — Als Aufenthaltstitel nach den Absätzen 3 und 4 gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hierzu zählt nicht die befristete Zulassung zum

Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens oder eines Antrages auf eine Aufenthaltserlaubnis.

Artikel 3

1 — Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Rückübernahmeersuchen innerhalb von acht Tagen.

2 — Die ersuchte Vertragspartei übernimmt die Person, deren Rückübernahme zugestimmt wurde, innerhalb eines Monats. Diese Frist kann auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei verlängert werden.

Artikel 4

Die für die Durchführung der Rückübernahmeersuchen zuständigen zentralen oder örtlichen Behörden werden von den für die Grenzkontrollen zuständigen Ministern bezeichnet und den anderen Vertragsparteien spätestens bei Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder bei Beitritt zu ihm auf diplomatischem Weg mitgeteilt.

Artikel 5

1 — Die Anwendung der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über den Flüchtlingsstatus in der Fassung des Protokolls von New York vom 31. Januar 1967 bleibt unberührt.

2 — Die Verpflichtungen der Vertragsparteien als Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, die sich aus dem Gemeinschaftsrecht ergeben, bleiben unberührt.

3 — Die Anwendung des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985 über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen sowie des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 zu diesem Übereinkommen und des Dubliner Übereinkommens über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrags vom 15. Juni 1990 durch die Vertragsparteien dieses Übereinkommens bleibt unberührt.

Artikel 6

1 — Die Unterzeichnung dieses Übereinkommens erfolgt ohne einen Vorbehalt der Ratifikation oder Genehmigung oder unter dem Vorbehalt der Ratifikation oder Genehmigung, gefolgt von der Ratifikation oder Genehmigung.

2 — Dieses Übereinkommen findet ab dem ersten Tag des Monats nach der Unterzeichnung vorläufige Anwendung.

3 — Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem zwei Vertragsparteien gemäß Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

4 — Für jede Vertragspartei, die später ihre Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, der auf den Eingang der entsprechenden Notifikation beim Verwahrer folgt.

Artikel 7

1 — Die Vertragsparteien können durch einen gemeinsamen Beschluß andere Staaten einladen, diesem Übereinkommen beizutreten. Dieser Beschluß wird einstimmig getroffen.

2 — Der Beitritt zu diesem Übereinkommen kann mit vorläufiger Anwendung schon ab der vorläufigen Anwendung dieses Übereinkommens erfolgen.

3 — Für den beitretenden Staat tritt dieses Übereinkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach der Hinterlegung seiner Beitrittserklärung bei dem Verwahrer, frühestens aber am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens, in Kraft.

Artikel 8

1 — Jede Vertragspartei kann dem Verwahrer einen Vorschlag zur Änderung dieses Übereinkommens notifizieren.

2 — Die Vertragsparteien legen Änderungen dieses Übereinkommens einvernehmlich fest.

3 — Änderungen treten am ersten Tag des Monats nach dem Tag, an dem die letzte Vertragspartei zum Ausdruck gebracht hat, durch die Änderungen des Übereinkommens gebunden zu sein, in Kraft.

Artikel 9

1 — Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen nach Konsultation mit den anderen Vertragsparteien aus wichtigem Grunde durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation suspendieren oder kündigen.

2 — Die Suspendierung oder Kündigung tritt am ersten Tag des Monats nach Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer in Kraft.

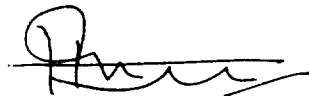
Artikel 10

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel, am neunundzwanzigsten März neunzehnhunderteinundneunzig in deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird.

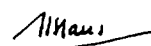
Für die Regierung des Königreichs Belgien:




Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:



Für die Regierung der Französischen Republik:



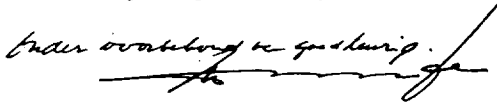
Für die Regierung der Italienischen Republik:



Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg:



Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:



Für die Regierung der Republik Polen:



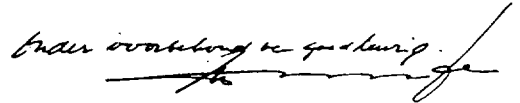
Für die Regierung der Italienischen Republik:



Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg:



Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:



Für die Regierung der Republik Polen:



Gemeinsame Erklärung

Bei der Unterzeichnung des Übereinkommens über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt am 29. März 1991 zu Brüssel erklären die Vertragsparteien, sich zu verpflichten:

Die Verfahren des Übereinkommens nicht auf Drittstaatsangehörige anzuwenden, wenn feststeht, daß diese Personen von dem Zeitpunkt der vorläufigen Anwendung in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind;

Sich nicht auf die Verfahren des Übereinkommens zu berufen bei Staatsangehörigen eines der Unterzeichnerstaaten, wenn feststeht, daß diese Personen von dem Zeitpunkt der vorläufigen Anwendung in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind.

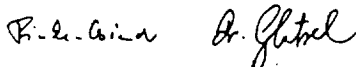
Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Verpflichtung, die eigenen Staatsangehörigen nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts zu übernehmen.

Geschehen zu Brüssel, am neunundzwanzigsten März neunzehnhunderteinundneunzig in deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird.

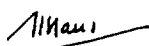
Für die Regierung des Königreichs Belgien:



Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:



Für die Regierung der Französischen Republik:



Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Übereinkommens betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt haben die Vertragsparteien des am 14. Juni 1985 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens, nachfolgend Vertragsparteien genannt, die folgenden gemeinsamen Erklärung abgegeben:

1 — Erklärung zu den Artikeln 1, 2 und 5 Absatz 3. —

Auf Ersuchen einer Vertragspartei werden sich die Vertragsparteien über die Modalitäten der Rückführung von Drittausländern unter Berücksichtigung der Zielsetzungen des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 näher abstimmen, insbesondere über die Frage einer die Vertragsparteien so wenig wie möglich belastenden Rückführung gemäß den Artikeln 1 und 2 des Rückübernahmeübereinkommens. Sie werden dabei den Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte im Sinne des Artikels 24 des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 beachten.

2 — Erklärung zu den Artikeln 2 und 5 Absatz 3. — Die Rückübernahmeverpflichtung unter den Vertragsparteien aufgrund dieses Rückübernahmeübereinkommens beschränkt sich vorläufig auf Staatsangehörige der Republik Polen. Die Rückübernahmeverpflichtung kann nach Inkrafttreten des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 aufgrund eines Beschlusses des nach Artikel 131 eingesetzten Exekutivausschusses beziehungsweise bis zum Inkrafttreten des Durchführungsübereinkommens aufgrund einer Entscheidung der nach nationalem Recht zuständigen Minister auf Staatsangehörige anderer Staaten erstreckt werden.

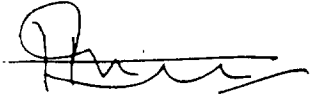
3 — Erklärung zu den Artikeln 8 und 5 Absatz 3. — Die Vertragsparteien vereinbaren, anlässlich des Inkrafttretens des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 gemeinsam zu prüfen, ob Änderungen des Rückübernahmeübereinkommens erforderlich sind.

4 — Erklärung zu den Artikeln 9 und 5 Absatz 3. — Kündigt oder suspendiert eine Vertragspartei das Rückübernahmeübereinkommen, so können auch die anderen Vertragsparteien es ebenfalls kündigen oder suspendieren.

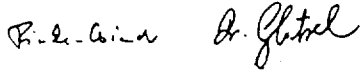
Geschehen zu Brüssel, am neunundzwanzigsten März neunzehnhunderteinundneunzig in deutscher, französischer,

italienischer, niederländischer und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird.

Für die Regierung des Königreichs Belgien:



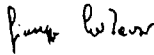
Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:



Für die Regierung der Französischen Republik:



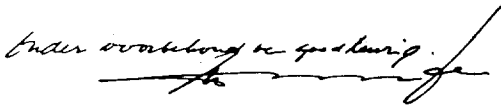
Für die Regierung der Italienischen Republik:



Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg:



Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:



ACCORD RELATIF À LA RÉADMISSION DES PERSONNES EN SITUATION IRRÉGULIÈRE

Les Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, de la République française, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume des Pays-Bas et de la République de Pologne, ci-après dénommés «les Parties Contractantes»:

Dans le cadre de la réalisation d'une politique commune des Parties Contractantes liées par l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 en matière de visas;

Aux fins de compenser, notamment la charge qu'une circulation des voyageurs en exemption du visa, ressortissants des Parties Contractantes du présent Accord, est susceptible de créer;

Désireux de faciliter la réadmission des personnes en situation irrégulière dans un esprit de coopération et sur une base de réciprocité;

Animés par la volonté d'inviter les Gouvernements d'autres États à adhérer au présent Accord;

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

1 — Chaque Partie Contractante réadmet sur son territoire, à la demande d'une autre Partie Contractante et sans

formalités, toute personne qui ne remplit pas ou ne remplit plus les conditions d'entrée ou de séjour applicables sur le territoire de la Partie Contractante requérante pour autant qu'il est établi ou présumé qu'elle possède la nationalité de la Partie Contractante requise.

2 — La Partie Contractante requérante réadmet dans les mêmes conditions cette personne si des contrôles postérieurs démontrent qu'elle ne possédait pas la nationalité de la Partie Contractante requise au moment de sa sortie du territoire de la Partie Contractante requérante.

Article 2

1 — À la demande d'une Partie Contractante, la Partie Contractante par la frontière extérieure de laquelle est entrée la personne qui ne remplit pas ou ne remplit plus les conditions d'entrée ou de séjour applicables sur le territoire de la Partie Contractante requérante, réadmet sans formalités cette personne sur son territoire.

2 — Par frontière extérieure au sens du présent article, on entend la première frontière franchie qui n'est pas une frontière intérieure des Parties Contractantes au sens de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes.

3 — L'obligation de réadmission visée au paragraphe 1 du présent article n'existe pas à l'égard de la personne qui, lors de son entrée sur le territoire de la Partie Contractante requérante, est en possession d'un visa ou d'un titre de séjour en cours de validité délivré par cette Partie Contractante, ou qui, après son entrée, a été mise en possession par celle-ci d'un visa ou d'un titre de séjour.

4 — Lorsque la personne visée au paragraphe 1 du présent article dispose d'un visa ou d'un titre de séjour en cours de validité délivré par une autre Partie Contractante, cette Partie Contractante réadmet sans formalités cette personne sur son territoire à la demande de la Partie Contractante requérante.

5 — Par titre de séjour au sens des paragraphes 3 et 4 du présent article, on entend toute autorisation de quelque nature que ce soit délivrée par une Partie Contractante donnant droit au séjour sur son territoire. N'entre pas dans cette définition l'admission temporaire au séjour sur le territoire d'une Partie Contractante en vue du traitement d'une demande d'asile ou d'une demande de titre de séjour.

Article 3

1 — La Partie Contractante requise est tenue de répondre dans un délai maximum de huit jours aux demandes de réadmission qui lui sont présentées.

2 — La Partie Contractante requise est tenue de prendre en charge dans un délai maximum d'un mois la personne dont elle a accepté la réadmission. Ce délai peut être prolongé sur demande de la Partie Contractante requérante.

Article 4

Les autorités centrales ou locales compétentes pour traiter les demandes de réadmission sont désignées par les Ministres responsables des contrôles aux frontières et communiquées aux Parties Contractantes par la voie diplomatique au plus tard au moment de la signature du présent Accord ou de l'adhésion audit Accord.

Article 5

1 — Les dispositions du présent Accord ne font pas obstacle à l'application des dispositions de la Convention de Genève du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés, telle qu'amendée par le protocole de New-York du 31 janvier 1967.

2 — Les dispositions du présent Accord ne portent pas atteinte aux obligations découlant du droit communautaire pour les Parties Contractantes qui sont membres des Communautés européennes.

3 — Les dispositions du présent Accord ne font pas obstacle à l'application des dispositions de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes ni à l'application des dispositions de la Convention d'application dudit Accord signée le 19 juin 1990 et de la Convention de Dublin du 15 juin 1990 relative à la détermination de l'État responsable de l'examen d'une demande d'asile présentée dans l'un des États membres des Communautés européennes.

Article 6

1 — Le présent Accord est signé sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation ou sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

2 — Le présent Accord est applicable provisoirement à compter du premier jour du mois qui suit la date de sa signature.

3 — Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date à laquelle deux Parties Contractantes auront exprimé leur consentement à être liées par l'Accord conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article.

4 — En ce qui concerne chaque Partie Contractante qui exprime ultérieurement son consentement à être liée par l'Accord, celui-ci entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la réception de la notification par dépositaire.

Article 7

1 — Les Parties Contractantes peuvent décider, d'un commun accord, d'inviter d'autres États à adhérer au présent Accord. Cette décision est prise à l'unanimité.

2 — L'adhésion au présent Accord peut intervenir provisoirement dès l'application provisoire de celui-ci.

3 — Le présent Accord entre en vigueur, pour un État adhérent, le premier jour du deuxième mois qui suit le dépôt de l'instrument d'adhésion par ce dernier auprès du dépositaire et au plus tôt le jour de l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 8

1 — Toute Partie Contractante peut notifier au dépositaire une proposition tendant à modifier le présent Accord.

2 — Les Parties Contractantes arrêtent d'un commun accord les modifications au présent Accord.

3 — Les modifications entrent en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la dernière Partie Contractante a exprimé son consentement à être liée par les modifications au présent Accord.

Article 9

1 — Chaque Partie Contractante peut, après consultation avec les autres Parties Contractantes, suspendre ou dénoncer le présent Accord pour des motifs graves, par une notification adressée au dépositaire.

2 — La suspension ou la dénonciation prend effet le premier jour du mois suivant la réception de la notification par le dépositaire.

Article 10

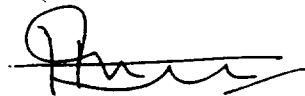
Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg est dépositaire du présent Accord.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

Fait à Bruxelles, le vingt-neuf mars mil neuf cent quatre-vingt-onze, dans les langues allemande, française, italienne, néerlandaise et polonaise, les cinq textes faisant également foi, en un exemplaire original qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg.

Pour le Gouvernement du Royaume de Belgique:

(Sous réserve de ratification.)



Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:

P. de Gier *A. Glatzel*

Pour le Gouvernement de la République française:

(Sous réserve d'approbation.)

M. Hans

Pour le Gouvernement de la République italienne:

Franco Cossiga

Pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg:



Pour le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas:

André van den Broek

Pour le Gouvernement de la République de Pologne:

W. Jurek

Déclaration commune

À l'occasion de la signature de l'Accord relatif à la réadmission des personnes en situation irrégulière le 29 mars 1991 à Bruxelles les Parties Contractantes déclarent s'engager:

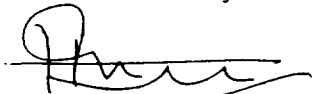
À ne pas appliquer les procédures de l'Accord à l'égard de ressortissants de pays tiers lorsqu'il est établi que ces personnes sont entrées sur le territoire de la Partie Contractante requérante avant la date d'application provisoire de l'Accord;

À ne pas se fonder sur les procédures de l'Accord à l'égard de ressortissants de l'un des États signataires de l'Accord, lorsqu'il est établi que ces personnes sont entrées sur le territoire de la Partie Contractante requérante avant la date d'application provisoire de l'Accord.


Les Parties Contractantes réaffirment leur engagement à reprendre leurs nationaux conformément aux principes généraux du droit international.

Fait à Bruxelles, le vingt-neuf mars mil neuf cent quatre-vingt-onze, dans les langues allemande, française, italienne, néerlandaise et polonaise, les cinq textes faisant également foi, en un exemplaire original qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg.

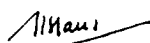
Pour le Gouvernement du Royaume de Belgique:



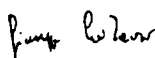
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:



Pour le Gouvernement de la République française:
(Sous réserve d'approbation.)



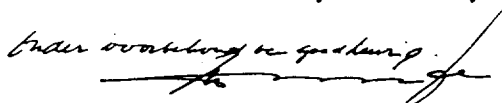
Pour le Gouvernement de la République italienne:



Pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg:



Pour le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas:



Pour le Gouvernement de la République de Pologne:



Procès-verbal

Au moment de la signature de l'Accord relatif à la réadmission des personnes en situation irrégulière, les Parties Contractantes liées par l'Accord de Schengen du 14 juin 1985, ci-après dénommées Parties Contractantes, ont fait les déclarations communes suivantes:

1 — *Déclaration concernant les articles 1^{er}, 2 et 5 paragraphe 3.* — À la demande d'une Partie Contractante, les Parties Contractantes coordonneront leurs positions concernant les modalités de la remise d'un étranger dans le respect des objectifs de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 19 juin 1990, notamment en ce qui concerne la remise immédiate et représentant la charge la moins importante pour les Parties Contractantes conformément aux articles 1^{er} et 2 de l'Accord de réadmission. Elles se conformeront à cet égard à la compensation des déséquilibres financiers visée à l'article 24 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 19 juin 1990.

2 — *Déclaration concernant les articles 2 et 5 paragraphe 3.* — L'obligation de réadmission entre les Parties Contractantes résultant de l'Accord de réadmission se limite provisoirement aux ressortissants de la République de Pologne. L'obligation de réadmission sera étendue aux ressortissants d'autres États moyennant décision du Comité Exécutif institué par l'article 131 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 19 juin 1990, lorsque celle-ci sera entrée en vigueur et, dans la période précédant cette entrée en vigueur, des Ministres responsables selon le droit national.

3 — *Déclaration concernant les articles 8 et 5 paragraphe 3.* — Les Parties Contractantes conviennent de vérifier ensemble, lors de l'entrée en vigueur de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 19 juin 1990, si l'Accord de réadmission nécessite des adaptations.

4 — *Déclaration concernant les articles 9 et 5 paragraphe 3.* — En cas de suspension ou de dénonciation de l'Accord de réadmission par l'une des Parties Contractantes, les autres Parties Contractantes pourront également suspendre ou dénoncer le présent Accord.

Fait à Bruxelles, le vingt-neuf mars mil neuf cent quatre-vingt-onze, dans les langues allemande, française, italienne et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, en un exemplaire original qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg.

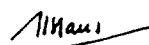
Pour le Gouvernement du Royaume de Belgique:



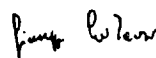
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:



Pour le Gouvernement de la République française:



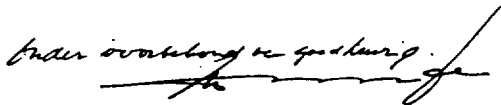
Pour le Gouvernement de la République italienne:



Pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg:



Pour le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas:



ACCORDO RELATIVO ALLA RIAMMISSIONE DELLE PERSONE IN SITUAZIONE IRREGOLARE

I Governi del Regno del Belgio, della Repubblica federale di Germania, della Repubblica francese, della Repubblica italiana, del Granducato di Lussemburgo, del Regno dei Paesi Bassi e della Repubblica di Polonia, in appresso denominati Parti contraenti:

Nel contesto della realizzazione di una politica comune in materia di visti degli Stati parte dell'Accordo di Schengen del 14 giugno 1985;

Al fine di compensare in particolare gli oneri che potrebbero derivare dal movimento dei cittadini degli Stati parte del presente Accordo in esenzione da visto;

Desiderosi di facilitare la riammissione delle persone entrate o soggiornanti irregolarmente, nello spirito della collaborazione e su di una base di reciprocità;

Intendendo invitare anche i Governi degli altri Stati ad aderire al presente Accordo;

hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

1 — Ciascuna Parte contraente riammette sul proprio territorio, su richiesta di un'altra Parte contraente e senza formalità, la persona che non soddisfa o non soddisfi più le condizioni d'ingresso o di soggiorno applicabili nel territorio della Parte richiedente, se è provato o se si possa presumere che detta persona possiede la cittadinanza della Parte richiesta.

2 — La Parte richiedente riammette alle stesse condizioni detta persona qualora risulti da ulteriori accertamenti che al momento dell'uscita dal territorio della stessa, essa non possedeva la cittadinanza della Parte richiesta.

Articolo 2

1 — La parte contraente attraverso la cui frontiera esterna è entrata la persona che non soddisfa o che non soddisfi più le condizioni d'ingresso o di soggiorno applicabili nel territorio della Parte contraente richiedente, riammette su richiesta di questa Parte contraente, senza formalità detta persona nel proprio territorio.

2 — Per frontiera esterna ai sensi del presente articolo, si intende la prima frontiera attraversata che non è frontiera interna delle Parti contraenti ai sensi dell'Accordo di Schengen del 14 giugno 1985 relativo alla soppressione graduale dei controlli alle frontiere comuni.

3 — L'obbligo di riammissione di cui al paragrafo 1 del presente articolo, non sussiste nei riguardi di chi, al suo ingresso nel territorio della Parte contraente richiedente, è in possesso di un visto o di un titolo di soggiorno validi

rilasciati da tale Parte contraente, o di chi dopo l'ingresso ha ottenuto da essa un visto o un titolo di soggiorno.

4 — Qualora la persona di cui al paragrafo 1 del presente articolo sia in possesso di un titolo di soggiorno o di un visto in corso di validità rilasciato da un'altra Parte contraente, detta Parte riammette, su richiesta della Parte contraente richiedente, senza formalità, detta persona sul proprio territorio.

5 — Per «titolo di soggiorno» ai sensi dei paragrafi 3 e 4 del presente articolo, si intende un permesso di qualsiasi natura accordato da una Parte contraente che conferisce il diritto al soggiorno nel suo territorio. Questa definizione non comprende l'ammissione temporanea al soggiorno nel territorio di una Parte contraente ai fini dell'esame di una domanda di asilo o di una domanda per ottenere un titolo di soggiorno.

Articolo 3

1 — La Parte richiesta risponde entro 8 giorni alle domande di riammissione che le sono rivolte.

2 — La Parte contraente richiama prende in carico le persone entro un mese dall'accettazione della loro riammissione. Tale termine può essere prorogato su richiesta della Parte richiedente.

Articolo 4

Le Autorità centrali o locali competenti per l'esame delle domande di riammissione sono designate dai Ministri delle Parti contraenti competenti in materia di controllo delle frontiere e sono notificate per via diplomatica alle altre Parti contraenti al più tardi al momento della firma o dell'adesione al presente Accordo.

Articolo 5

1 — Resta impregiudicata l'applicazione delle disposizioni della Convenzione di Ginevra del 28 luglio 1951 relativa allo status dei rifugiati quale emendata dal Protocollo di New York del 31 gennaio 1967.

2 — Le disposizioni del presente articolo non pregiudicano gli obblighi degli Stati membri delle Comunità Europee che derivano dal diritto Comunitario.

3 — Le disposizioni del presente Accordo non pregiudicano l'applicazione delle disposizioni dell'Accordo di Schengen del 14 giugno 1985 relativo all'eliminazione graduale dei controlli alle frontiere comuni e della Convenzione di applicazione di detto Accordo del 19 giugno 1990, né quelle della Convenzione di Dublino del 15 giugno 1990 relativa alla determinazione dello Stato responsabile per l'esame di una domanda d'asilo presentata in uno degli Stati membri delle Comunità europee.

Articolo 6

1 — Il presente Accordo è firmato senza riserva di ratifica o accettazione oppure con riserva di ratifica o di accettazione, seguita da ratifica o accettazione.

2 — Il presente Accordo ha applicazione provvisoria il primo giorno del mese successivo alla sua firma.

3 — Il presente Accordo entra in vigore il primo giorno del secondo mese successivo alla data in cui due Parti contraenti avranno espresso la loro accettazione di essere vincolati dall'Accordo conformemente alle disposizioni del paragrafo 1 del presente articolo.

4 — Per ciascuna Parte contraente, che accetta successivamente di essere vincolata dall'Accordo, esso entra in

vigore il primo giorno del secondo mese successivo alla relativa notifica fatta al depositario.

Articolo 7

1 — Le Parti contraenti possono, con decisione comune, invitare altri Stati ad aderire all'Accordo. Detta decisione è presa con voto unanime.

2 — L'adesione al presente Accordo può aver luogo con applicazione provvisoria fin dall'applicazione provvisoria dell'Accordo stesso.

3 — Per lo Stato aderente, l'Accordo entra in vigore il primo giorno del mese successivo al periodo di due mesi dal deposito della dichiarazione di adesione presso il depositario e non prima del giorno dell'entrata in vigore dell'Accordo stesso.

Articolo 8

1 — Ciascuna Parte contraente può far pervenire al depositario una proposta di modifica del presente Accordo.

2 — Le Parti contraenti determinano di comune accordo le modifiche del presente Accordo.

3 — Le modifiche entrano in vigore il primo giorno del mese successivo alla data in cui l'ultima Parte comunica di essere vincolata dal testo modificato.

Articolo 9

1 — Ciascuna Parte contraente può, consultate le altre Parti contraenti, per motivi gravi, sospendere o denunciare il presente Accordo mediante notifica inviata al depositario.

2 — La sospensione o la denuncia entra in vigore il primo giorno del mese successivo al ricevimento della notifica da parte del depositario.

Articolo 10

Il Governo del Granducato di Lussemburgo è depositario del presente Accordo.

In fede di che, i sottoscritti, debitamente autorizzati, hanno apposto la loro firma in calce al presente Accordo.

Fatto a Bruxelles il ventinove marzo millenovecentonovantuno nelle lingue tedesca, francese, italiana, polacca e olandese, ciascun testo facente ugualmente fede, in un esemplare originale, che verrà depositato negli archivi del Governo del Granducato di Lussemburgo.

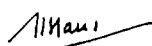
Per il Governo del Regno del Belgio:




Per il Governo della Repubblica federale di Germania:



Per il Governo della Repubblica francese:



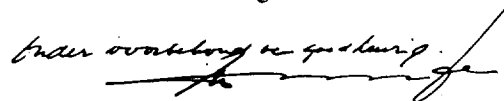
Per il Governo della Repubblica italiana:



Per il Governo del Granducato di Lussemburgo:



Per il Governo del Regno dei Paesi Bassi:



Per il Governo della Repubblica di Polonia:



Dichiarazione comune

In occasione della firma dell'Accordo relativo alla riammissione delle persone in situazione irregolare il 29 marzo 1991 a Bruxelles, le Parti contraenti dichiarano di impegnarsi:

A non applicare le procedure dell'Accordo nei confronti dei cittadini dei Paesi terzi entrati nel territorio della Parte contraente richiedente prima della data di applicazione provvisoria dell'Accordo;

A non fondarsi sulle procedure dell'Accordo nei confronti delle persone che sono cittadini di uno degli Stati firmatari dell'Accordo, quando è stabilito che dette persone sono entrate nel territorio della Parte contraente richiedente prima della data di applicazione provvisoria dell'Accordo.

Le Parti contraenti riaffermano il loro impegno a riammettere i propri cittadini, conformemente ai principi generali del diritto internazionale.

Fatto a Bruxelles il ventinove marzo millenovecentonovantuno nelle lingue tedesca, francese, italiana, polacca e olandese, ciascun testo facente ugualmente fede, in un esemplare originale, che verrà depositato negli archivi del Governo del Granducato di Lussemburgo.

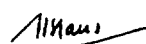
Per il Governo del Regno del Belgio:




Per il Governo della Repubblica federale di Germania:



Per il Governo della Repubblica francese:



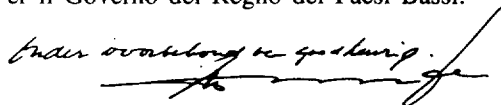
Per il Governo della Repubblica italiana:



Per il Governo del Granducato di Lussemburgo:



Per il Governo del Regno dei Paesi Bassi:



Per il Governo della Repubblica di Polonia:



Processo Verbale

Al momento della firma dell'Accordo relativo alla riammissione delle persone in situazione irregolare, gli Stati contraenti, parti dell'Accordo di Schengen del 14 giugno 1985, in appresso denominati Parti contraenti, hanno formulato le seguenti dichiarazioni comuni:

1 — *Dichiarazione relativa all'articolo 1, 2 e 5 paragrafo 3.* — Su richiesta di una delle Parti contraenti, le Parti contraenti si accorderanno ulteriormente sulle modalità di rinvio di stranieri, tenendo conto degli obiettivi della Convenzione di applicazione dell'Accordo di Schengen del 19 giugno 1990 e in particolare sul problema che il rinvio in base agli articoli 1 e 2 di questo Accordo di riammissione sia il meno possibile oneroso per le Parti contraenti. Esse terranno conto, a questo proposito, delle disposizioni relative alle compensazioni degli squilibri finanziari ai sensi dell'articolo 24 della Convenzione di Applicazione dell'Accordo di Schengen del 19 giugno 1990.


2 — *Dichiarazione relativa all'articolo 2 e 5 paragrafo 3.* — L'obbligo di riammissione tra le Parti contraenti in base al presente Accordo di riammissione si limita provvisoriamente ai cittadini della Repubblica di Polonia. L'obbligo di riammissione può essere esteso ai cittadini di altri Stati successivamente all'entrata in vigore della Convenzione di applicazione del 19 giugno 1990 sulla base di una decisione del Comitato esecutivo istituito conformemente all'articolo 131 oppure, fino all'entrata in vigore della Convenzione di applicazione, sulla base di una decisione dei Ministri competenti secondo il rispettivo diritto nazionale per la preparazione dell'entrata in vigore di detta Convenzione.

3 — *Dichiarazione relativa all'articolo 8 e 5 paragrafo 3.* — Le Parti contraenti convengono di esaminare in comune se con l'entrata in vigore della Convenzione di applicazione dell'Accordo di Schengen del 19 giugno 1990, sono necessarie modifiche dell'Accordo.

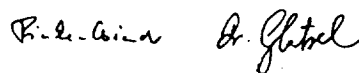
4 — *Dichiarazione relativa all'articolo 9 e 5 paragrafo 3.* — Qualora una delle Parti contraenti denunci o sospenda l'Accordo di riammissione, le altre Parti contraenti potranno anch'esse sospenderlo o denunciarlo.

Fatto a Bruxelles, il ventinove marzo millenovecentonovantuno nelle lingue tedesca, francese, italiana e olandese, ciascun testo facente ugualmente fede, in un esemplare originale, che verrà depositato presso il Governo del Granducato di Lussemburgo.

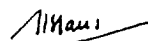
Per il Governo del Regno del Belgio:



Per il Governo della Repubblica federale di Germania:



Per il Governo della Repubblica francese:



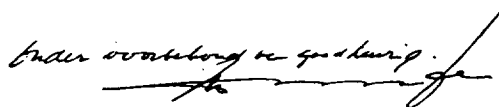
Per il Governo della Repubblica italiana:



Per il Governo del Granducato di Lussemburgo:



Per il Governo del Regno dei Paesi Bassi:



OVEREENKOMST BETREFFENDE DE OVERNAME VAN ONREGELMATIG BINNENGEKOMEN OF VERBLIJVENDE PERSONEN.

De Regeringen van het Koninkrijk België, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, de Italiaanse Republiek, het Groothertogdom Luxemburg, het Koninkrijk der Nederlanden en van de Republiek Polen, hierna genoemd de Overeenkomstsluitende Partijen:

In het kader van de totstandbrenging van een gemeenschappelijk visumbeleid van de Overeenkomstsluitende Partijen, gebonden aan het Akkoord van Schengen van 14 juni 1985;

Ter compensatie van in het bijzonder de belasting welke uit een visumvrij reizigersverkeer van de onderdanen van de Overeenkomstsluitende Partijen van deze Overeenkomst kan voortvloeien;

Ernaar strevend der overname van onregelmatig binnengekomen of verblijvende personen in een geest van samenwerking en op basis van wederkerigheid te vergemakkelijken;

Met de bereidheid ook Regeringen van andere Staten tot toetreding tot deze Overeenkomst uit te nodigen;

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

1 — Iedere Overeenkomstsluitende Partij neemt op verzoek van een andere Overeenkomstsluitende Partij, zonder formaliteiten, de persoon over die niet of niet meer voldoet aan de op het grondgebied van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij geldende voorwaarden voor binnenkomst of verblijf, voor zover kan worden aangetoond of aannemelijk gemaakt dat hij de nationaliteit van de aangezochte Overeenkomstsluitende Partij heeft.

2 — De verzoekende Overeenkomstsluitende Partij neemt deze persoon onder dezelfde voorwaarden terug, indien uit een later onderzoek blijkt, dat deze op het moment van het verlaten van het grondgebied van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij niet de nationaliteit van de aangezochte Overeenkomstsluitende Partij had.

Artikel 2

1 — Op verzoek van een Overeenkomstsluitende Partij neemt een Overeenkomstsluitende Partij via wier buitengrens de persoon is binnengekomen die niet of niet meer voldoet aan de op het grondgebied van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij geldende voorwaarden voor binnenkomst of verblijf, zonder formaliteiten, deze persoon over.

2 — In de zin van dit artikel wordt onder buitengrens verstaan de eerst overschreden grens welke niet is een binnengrens van de Overeenkomstsluitende Partijen als bedoeld in het Akkoord van Schengen van 14 juni 1985 betreffende de geleidelijke afschaffing van controles aan de gemeenschappelijke grenzen.

3 — De verplichting tot overname als bedoeld in lid 1 geldt niet ten aanzien van een persoon die bij zijn binnenkomst op het grondgebied van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij in het bezit van een geldig visum of een geldige verblijfstitel van deze Overeenkomstsluitende Partij was of na zijn binnenkomst in het bezit is gesteld van een door deze Overeenkomstsluitende Partij afgegeven visum of verblijfstitel.

4 — Indien de persoon als bedoeld in lid 1 in het bezit is van een door een andere Overeenkomstsluitende Partij afgegeven geldige verblijfstitel of visum, neemt die Overeenkomstsluitende Partij op verzoek van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij, zonder formaliteiten, deze persoon over.

5 — Onder verblijfstitel als bedoeld in de leden 3 en 4 wordt verstaan een door een Overeenkomstsluitende Partij afgegeven vergunning, ongeacht van welke aard, welke recht geeft op verblijf op het grondgebied van die Partij. Onder deze omschrijving valt niet de tijdelijke toelating tot verblijf op het grondgebied van een Overeenkomstsluitende Partij met het oog op de behandeling van een asielerzoek of van een verzoek om een verblijfstitel.

Artikel 3

1 — De aangezochte Overeenkomstsluitende Partij beantwoordt binnen een termijn van ten hoogste acht dagen de tot haar gerichte verzoeken om overname.

2 — De aangezochte Overeenkomstsluitende Partij neemt de persoon wiens overname werd aanvaard, binnen een termijn van ten hoogste één maand over. Deze termijn kan op verzoek van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij worden verlengd.

Artikel 4

De voor behandeling van verzoeken tot overname bevoegde centrale of plaatselijke autoriteiten worden door de voor de grenscontrole bevoegde ministers aangewezen en uiterlijk bij ondertekening van of toetreding tot deze Overeenkomst aan de andere Overeenkomstsluitende Partijen meegedeeld via de diplomatieke weg.

Artikel 5

1 — De bepalingen van deze Overeenkomst doen geen afbreuk aan de toepassing van het Verdrag van Genève

van 28 juli 1951 betreffende de status van vluchtelingen, zoals gewijzigd bij het Protocol van New York van 31 januari 1967.

2 — De bepalingen van deze Overeenkomst doen geen afbreuk aan de verplichtingen welke voortvloeien uit het Gemeenschapsrecht voor de Overeenkomstsluitende Partijen die Lid-Staten zijn van de Europese Gemeenschappen.

3 — De bepalingen van deze Overeenkomst doen geen afbreuk aan de toepassing van het Akkoord van Schengen van 14 juni 1985 betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen en van de Overeenkomst van Schengen van 19 juni 1990 ter uitvoering van dit Akkoord, noch aan de toepassing van de Overeenkomst van Dublin van 15 juni 1990 betreffende de vaststelling van de Staat die verantwoordelijk is voor de behandeling van een asielerzoek dat bij één van de Lid-Staten van de Europese Gemeenschappen wordt ingediend.

Artikel 6

1 — Deze Overeenkomst wordt ondertekend zonder voorbehoud van bekrachtiging of goedkeuring, dan wel onder voorbehoud van bekrachtiging of goedkeuring, gevolgd door bekrachtiging of goedkeuring.

2 — Deze Overeenkomst wordt voorlopig toegepast met ingang van de eerste dag van de maand volgend op de datum van ondertekening.

3 — Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de datum waarop twee Overeenkomstsluitende Partijen overeenkomstig het bepaalde in lid 1 hun instemming hebben tot uitdrukking gebracht door de Overeenkomst gebonden te zijn.

4 — Voor iedere Overeenkomstsluitende Partij die op een later tijdstip haar instemming tot uitdrukking brengt door de Overeenkomst gebonden te zijn, treedt deze in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de ontvangst van de kennisgeving door de depositaris.

Artikel 7

1 — De Overeenkomstsluitende Partijen kunnen krachtens gezamenlijk besluit andere Staten uitnodigen tot deze Overeenkomst toe te treden. Dit besluit wordt met eenparigheid van stemmen genomen.

2 — Toetreding tot deze Overeenkomst kan plaats vinden zodra deze Overeenkomst voorlopig wordt toegepast. De toetreding wordt alsdan voorlopig toegepast.

3 — Voor de toetredende Staat treedt deze Overeenkomst in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de datum van nederlegging van zijn verklaring van toetreding bij de depositaris en ten vroegste op de dag van de inwerkingtreding van deze Overeenkomst.

Artikel 8

1 — Elk der Overeenkomstsluitende Partijen kan de depositaris een voorstel tot wijziging van deze Overeenkomst doen toekomen.

2 — De Overeenkomstsluitende Partijen stellen in onderlinge overeenstemming de in deze Overeenkomst aan te brengen wijzigingen vast.

3 — De wijzigingen treden in werking op de eerste dag van de maand volgend op de datum waarop de laatste Overeenkomstsluitende Partij haar instemming tot uitdrukking heeft gebracht gebonden te zijn aan de in de Overeenkomst aangebrachte wijzigingen.

Artikel 9

1 — Iedere Overeenkomstsluitende Partij kan, na overleg met de overige Overeenkomstsluitende Partijen, deze Overeenkomst om ernstige redenen door middel van een aan de depositaris gerichte kennisgeving schorsen of opzeggen.

2 — De schorsing of opzegging treedt in werking op de eerste dag van de maand volgend op de ontvangst van de kennisgeving door de depositaris.

Artikel 10

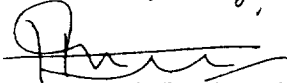
De Regering van het Groothertogdom Luxemburg is depositaris van deze Overeenkomst.

Ten blijke waarvan de ondergetekenden, daartoe naar behoren gemachtigd, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

Gedaan te Brussel, op negentwintig maart negentienhonderdeenennegentig, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse, de Nederlandse en de Poolse taal, zijnde de teksten in elk van deze talen gelijkelijk authentiek, in een origineel dat zal worden nedergelegd bij de Regering van het Groothertogdom Luxemburg.

Voor de Regering van het Koninkrijk België:

onder voorbehoud van bekrachtiging



Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland:

R. de Gier Dr. Glatzel

Voor de Regering van de Franse Republiek:

Alhaus

Voor de Regering van de Italiaanse Republiek:

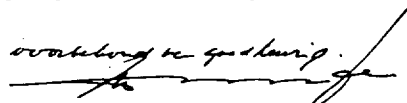
Pump Wiers

Voor de Regering van het Groothertogdom Luxemburg:



Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden:

onder overtuiging en gescheuring



Voor de Regering van de Republiek Polen:

U. Kucinski

Gemeenschappelijke verklaring

Bij de ondertekening van de Overeenkomst betreffende de overname van onregelmatig binnengekomen of verblijvende personen op 29 maart 1991 te Brussel

verklaren de Overeenkomstsluitende Partijen zich ertoe te verbinden:


De procedures als bedoeld in de Overeenkomst niet toe te passen op onderdanen van derde Staten, wanneer vaststaat dat deze het grondgebied van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij vóór de datum van voorlopige toepassing van de Overeenkomst zijn binnengekomen;

Zich niet te beroepen op de procedures als bedoeld in de Overeenkomst ten aanzien van personen die onderdaan zijn van één van de ondertekenende Staten, wanneer vaststaat dat deze het grondgebied van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij vóór de datum van voorlopige toepassing zijn binnengekomen.

De Overeenkomstsluitende Partijen herbevestigen hun verplichting hun eigen onderdanen overeenkomstig de algemene volkenrechtelijke beginselen over te nemen.

Gedaan te Brussel, op negentwintig maart negentienhonderdeenennegentig, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse, de Nederlandse en de Poolse taal, zijnde de teksten in elk van deze talen gelijkelijk authentiek, in een origineel dat zal worden nedergelegd bij de Regering van het Groothertogdom Luxemburg.

Voor de Regering van het Koninkrijk België:



Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland:

R. de Gier Dr. Glatzel

Voor de Regering van de Franse Republiek:

Alhaus

Voor de Regering van de Italiaanse Republiek:

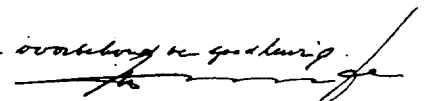
Pump Wiers

Voor de Regering van het Groothertogdom Luxemburg:



Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden:

onder overtuiging en gescheuring



Voor de Regering van de Republiek Polen:

U. Kucinski

Protocol

Bij de ondertekening van de Overeenkomst betreffende de overname van onregelmatig binnengekomen of verblijvende personen hebben de Overeenkomstsluitende Partijen, gebonden aan het Akkoord van Schengen van 14 juni 1985, hierna genoemd de Overeenkomstsluitende Partijen, de volgende gemeenschappelijke verklaringen afgelegd:

1 — *Verklaring inzake de artikelen 1, 2 en 5, lid 3.* — Op verzoek van een Overeenkomstsluitende Partij zal met inachtneming van de doelstellingen van de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het Akkoord van Schengen tussen de Overeenkomstsluitende Partijen onderlinge afstemming plaatsvinden over de wijze van terugleiding van vreemdelingen, als bedoeld in de artikelen 1 en 2 van de overname-overeenkomst, in het bijzonder over de terugleiding die voor de Overeenkomstsluitende Partijen een zo gering mogelijke belasting vormt. Zij zullen daarbij de compensatie van het financiële onevenwicht in de zin van artikel 24 van de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het Akkoord van Schengen in acht nemen.

2 — *Verklaring inzake de artikelen 2 en 5, lid 3.* — De tussen de Overeenkomstsluitende Partijen ingevolge de overname-overeenkomst geldende verplichting tot overname is voorlopig tot onderdanen van de Republiek Polen beperkt. De verplichting tot overname kan tot onderdanen van andere Staten worden uitgebreid op grond van een besluit van het ingevolge artikel 131 van de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het Akkoord van Schengen ingestelde Uitvoerende Comité, zodra die Overeenkomst in werking zal zijn getreden en, gedurende de aan de inwerkingtreding voorafgaande periode, op grond van een besluit van de naar nationaal recht verantwoordelijke Ministers.

3 — *Verklaring inzake de artikelen 8 en 5, lid 3.* — De Overeenkomstsluitende Partijen komen overeen naar aanleiding van de inwerkingtreding van de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het Akkoord van Schengen gemeenschappelijk na te gaan of wijziging van de overname-overeenkomst geboden is.

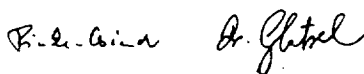
4 — *Verklaring inzake de artikelen 9 en 5, lid 3.* — Ingeval van schorsing of opzegging van de overname-overeenkomst door één der Overeenkomstsluitende Partijen kunnen de overige Overeenkomstsluitende Partijen deze overname-overeenkomst eveneens schorsen of opzeggen.

Gedaan te Brussel, op negentwintig maart negenhonderdeenennegentig, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de teksten in elk van deze talen gelijkelijk authentiek, in een origineel dat zal worden nedergelegd bij de Regering van het Groothertogdom Luxemburg.

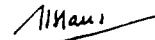
Voor de Regering van het Koninkrijk België:



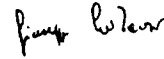
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland:



Voor de Regering van de Franse Republiek:



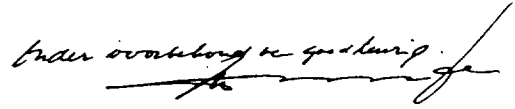
Voor de Regering van de Italiaanse Republiek:



Voor de Regering van het Groothertogdom Luxemburg:



Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden:



Porozumienie

o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia

Rządy Królestwa Belgii, Republiki Federalnej Niemiec, Republiki Francuskiej, Republiki Włoskiej, Wielkiego Księstwa Luksemburga, Królestwa Holandii, Rzeczypospolitej Polskiej, zwane dalej Umawiającymi się Stronami:

- w ramach realizacji wspólnej polityki Umawiających się Stron w sprawie wiz w oparciu o Umowę podpisaną dnia 14 czerwca 1985 roku w Schengen;

- w celu wyrównania w szczególności tych obciążeń, które mogą wynikać z ruchu bezwizowego obywateli Stron niniejszego Porozumienia;

- dając do ułatwienia przyjmowania osób przebywających bez zezwolenia, tak by odbywało się ono w duchu współpracy i na zasadach wzajemności;

- wyrażając gotowość zaproszenia również rządów innych państw do przystąpienia do niniejszego Porozumienia.

postanowiły, co następuje:

Artykuł 1

1. Każda z Umawiających się Stron przyjmie na swoje terytorium na wniosek innej Umawiającej się Strony bez zbędnych formalności każdą osobę, która na terytorium państwa Strony wnioskującej nie spełnia lub przestała spełniać obowiązujące warunki dla wjazdu lub pobytu, o ile zostanie ustalone lub domniemane, że posiada ona obywatelstwo państwa Strony wezwanej.

2. Strona wnioskująca przyjmie tę osobę z powrotem pod tymi samymi warunkami, jeżeli po późniejszym sprawdzeniu okaże się, że w chwili opuszczenia terytorium państwa Strony wnioskującej osoba ta nie posiadała obywatelstwa Strony wezwanej.

Artykuł 2

1. Umawiająca się Strona, przez której granicę zewnętrzną wjechała osoba, która na terytorium Strony wnioskującej nie spełnia lub przestała spełniać obowiązujące warunki dla wjazdu lub pobytu, przyjmie na wniosek tej Strony tę osobę na swoje terytorium bez zbędnych formalności.

2. Granicą zewnętrzną w rozumieniu tego artykułu jest pierwsza przekroczona granica państwa nie będąca granicą wewnętrzną państwa Umawiających się Stron zgodnie z Umową z Schengen z dnia 14 czerwca 1985 r. w sprawie stopniowego znoszenia kontroli na wspólnych granicach.

3. Zobowiązanie do przyjęcia z powrotem osób przebywających bez zezwolenia, według ustępu 1, nie dotyczy osoby, która wjeżdżając na terytorium państwa Strony wnioskującej posiadała ważną wizę lub ważne prawo pobytu tej Umawiającej się Strony, lub której ta Umawiająca się Strona udzieliła wizy lub prawa pobytu po jej wjeździe.

4. Jeżeli osoba, o której mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, posiada ważne prawo pobytu lub ważną wizę udzieloną przez inną Umawiającą się Stronę, to Strona ta na wniosek Strony wnioskującej przyjmie tę osobę na swoje terytorium bez zbędnych formalności.

5. Za prawo pobytu zgodnie z ustępami 3 i 4 niniejszego artykułu uważa się każde zezwolenie, obojętnie jakiego rodzaju, udzielone przez jedną z Umawiających się Stron, które uprawnia do pobytu na jej terytorium. Nie uważa się za nie ograniczonego czasowo zezwolenia na pobyt na terytorium państwa jednej z Umawiających się stron, udzielonego ze względu na rozpatrywanie wniosku o azyl lub wniosku o zezwolenie na pobyt.

Artykuł 3

1. Umawiająca się Strona, do której skierowano wniosek o przyjęcie osoby przebywającej bez zezwolenia, odpowie na ten wniosek najpóźniej w ciągu ośmiu dni.

2. Umawiająca się Strona, do której skierowano wniosek o przyjęcie osoby przebywającej bez zezwolenia i która zaakceptowała ten wniosek przyjmie tę osobę najpóźniej w ciągu jednego miesiąca. Okres ten może zostać przedłużony na wniosek Strony wnioskującej.

Artykuł 4

Ministrowie odpowiedzialni za kontrole graniczne określą centralne i lokalne władze właściwe dla realizacji wniosków o przyjęcie osób przebywających bez zezwolenia i powiadomią o tym drogą

dyplomatyczną pozostałe Umawiające się Strony najpóźniej w chwili podpisania niniejszego Porozumienia lub w chwili przystąpienia do niego.

Artykuł 5

1. Postanowienia niniejszego Porozumienia nie naruszają stosowania Konwencji Genewskiej z 28 lipca 1951 r. w sprawie statusu uchodźców, uzupełnionej Protokołem z Nowego Jorku z dnia 31 stycznia 1967 r.

2. Postanowienia niniejszego Porozumienia nie naruszają zobowiązań Umawiających się Stron będących państwami członkowskimi Wspólnot Europejskich, wynikających z prawodawstwa tych Wspólnot.

3. Postanowienia niniejszego porozumienia nie naruszają stosowania Umowy z Schengen z dnia 14 czerwca 1985 r. o stopniowym znoszeniu kontroli na wspólnych granicach, jak również Porozumienia Wykonawczego z dnia 19 czerwca 1990 r. do tej Umowy i Porozumienia z Dubliną z dnia 15 czerwca 1990 r. w sprawie określenia państwa właściwego dla zbadania wniosku o azyl złożonego w jednym z państw członkowskich Wspólnot Europejskich przez Strony tych Porozumień.

Artykuł 6

1. Podpisanie niniejszego Porozumienia nastąpi bez zastrzeżenia ratyfikacji lub zatwierdzenia względnie z zastrzeżeniem ratyfikacji lub zatwierdzenia, po czym nastąpi ratyfikacja, przyjęcie lub zatwierdzenie.

2. Porozumienie niniejsze będzie tymczasowo stosowane od pierwszego dnia miesiąca następującego po podpisaniu.

3. Porozumienie niniejsze wchodzi w życie pierwszego dnia drugiego miesiąca, następującego po wyrażeniu zgody przez dwie Umawiające się Strony na związanie się tym Porozumieniem zgodnie z ustępem 1 niniejszego artykułu.

4. W odniesieniu do każdej z Umawiających się Stron, która później wyrazi swą zgodę na związanie się niniejszym Porozumieniem, wchodzi ono w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca, następującego po wysłaniu odpowiedniej notyfikacji do depozytariusza.

Artykuł 7

1. Umawiające się Strony mogą mocą wspólnej uchwały zaprosić inne państwa do przystąpienia do niniejszego Porozumienia. Uchwała ta zostanie podjęta jednomyślnie.

2. Przystąpienie do niniejszego Porozumienia może nastąpić ze stosowaniem tymczasowym już od momentu tymczasowego stosowania niniejszego Porozumienia.

3. Dla państwa przystępującego Porozumienie niniejsze wchodzi w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po złożeniu przez nie

u depozytariusza oświadczenia o przystąpieniu, nie wcześniej jednak niż w dniu wejścia w życie niniejszego Porozumienia.

Artykuł 8

1. Każda z Umawiających się Stron może notyfikować depozytariuszowi propozycję zmiany niniejszego Porozumienia.

2. Umawiające się Strony ustalają jedynomyślnie zmiany w niniejszym Porozumieniu.

3. Zmiany wchodzi w życie w pierwszym dniu miesiąca po dniu, w którym ostatnia z umawiających się Stron złoży oświadczenie, iż czuje się związana wprowadzonymi zmianami do niniejszego Porozumienia.

Artykuł 9

1. Każda z Umawiających się Stron może z ważnego powodu po konsultacji z innymi Umawiającymi się Stronami zawiesić obowiązywanie niniejszego Porozumienia lub wypowiedzieć je w drodze notyfikacji skierowanej do depozytariusza.

2. Zawieszenie lub wypowiedzenie wchodzi w życie w pierwszym dniu miesiąca następującego po wpłynięciu notyfikacji do depozytariusza.

Artykuł 10

Depozytariuszem niniejszego Porozumienia jest Rząd Wielkiego Księstwa Luksemburga.

Na dowód czego, niżej podpisani pełnomocnicy należycie w tym celu upoważnieni przez swoje rządy, podpisali niniejsze Porozumienie.

Sporządzono w Brukseli, dnia dwudziestego dziewiątego marca tysiąc dziewięćset dziewięćdziesiątego pierwszego roku w jednym egzemplarzu w językach: polskim, francuskim, niderlandzkim, niemieckim i włoskim, przy czym każdy tekst ma jednakową moc, a oryginał zdeponowany zostanie w Archiwum Rządu Wielkiego Księstwa Luksemburga.

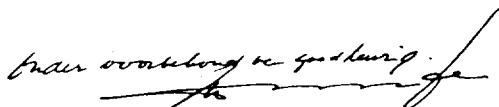
W imieniu Rządu Rzeczypospolitej Polskiej:



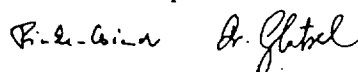
W imieniu Rządu Królestwa Belgii:



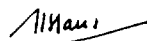
W imieniu Rządu Królestwa Holandii:



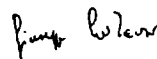
W imieniu Rządu Republiki Federalnej Niemiec:



W imieniu Rządu Republiki Francuskiej:



W imieniu Rządu Republiki Włoskiej:



W imieniu Rządu Wielkiego Księstwa Luksemburga:



WSPÓLNE OŚWIADCZENIE

Przy podpisywaniu w Brukseli w dniu 29 marca 1991 r. Porozumienia o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia Umawiające się Strony oświadczają, iż zobowiązują się do:

- niestosowania trybu niniejszego Porozumienia wobec obywateli państw trzecich, jeżeli zostało ustalone, że osoby te wjechały na terytorium Umawiającej się Strony wnioskującej przed terminem tymczasowego wejścia w życie Porozumienia;

- niepowoływania się na tryb niniejszego Porozumienia w stosunku do obywateli jednego z Państw-sygnatariuszy, jeżeli zostało ustalone, że osoby te wjechały na terytorium Umawiającej się Strony wnioskującej przed terminem tymczasowego wejścia w życie Porozumienia.

Umawiające się Strony potwierdzają swe zobowiązanie do przyjęcia własnych obywateli zgodnie z ogólnymi zasadami prawa międzynarodowego.

Sporządzono w Brukseli, dnia dwudziestego dziewiątego marca tysiąc dziewięćset dziewięćdziesiątego pierwszego roku w językach: polskim, francuskim, niderlandzkim, niemieckim i włoskim, przy czym każdy tekst ma jednakową moc, w jednym egzemplarzu zdeponowanym w Archiwum Rządu Wielkiego Księstwa Luksemburga.

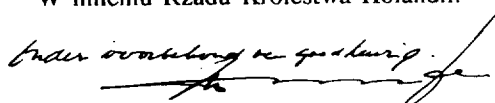
W imieniu Rządu Rzeczypospolitej Polskiej:



W imieniu Rządu Królestwa Belgii:



W imieniu Rządu Królestwa Holandii:



W imieniu Rządu Republiki Federalnej Niemiec:

P. de Gier *A. Grottel*

W imieniu Rządu Republiki Francuskiej:

M. H. M. S.

W imieniu Rządu Republiki Wioskiej:

P. W. K.

W imieniu Rządu Wielkiego Księstwa Luksemburga:

B. M.

ACORDO RELATIVO À READMISSÃO DE PESSOAS EM SITUAÇÃO IRREGULAR

Os Governos do Reino da Bélgica, da República Federal da Alemanha, da República Francesa, da República Italiana, do Grão-Ducado do Luxemburgo, do Reino dos Países Baixos e da República da Polónia, a seguir denominados Partes Contratantes:

No âmbito da realização de uma política comum das Partes Contratantes vinculadas pelo Acordo de Schengen de 14 de Junho de 1985 em matéria de vistos;

Com o fim de compensar, nomeadamente, o encargo que a circulação de pessoas com isenção de visto, nacionais das Partes Contratantes do presente Acordo, é susceptível de criar;

Desejosos de facilitar a readmissão de pessoas em situação irregular num espírito de cooperação e numa base de reciprocidade;

Animados pela vontade de convidar os governos de outros Estados a aderir ao presente Acordo;

acordaram no seguinte:

Artigo 1.º

1 — Cada Parte Contratante readmitirá no seu território, a pedido de outra Parte Contratante e sem mais formalidades, qualquer pessoa que não preencha ou tenha deixado de preencher as condições de entrada ou de permanência aplicáveis no território da Parte Contratante requerente, desde que se verifique ou se presuma que ela possui a nacionalidade da Parte Contratante requerida.

2 — A Parte Contratante requerente readmitirá nas mesmas condições essa pessoa, se uma verificação posterior revelar que ela não possuía a nacionalidade da Parte Contratante requerida no momento da sua saída do território da Parte Contratante requerente.

Artigo 2.º

1 — A pedido de uma Parte Contratante, a Parte Contratante por cuja fronteira externa tiver entrado a pessoa que não preencha ou tenha deixado de preencher as condições de entrada ou de permanência aplicáveis no território da Parte Contratante requerente, readmitirá sem formalidades essa pessoa no seu território.

2 — Na aceção do presente artigo, entende-se por fronteira externa a primeira fronteira atravessada que não seja uma fronteira interna das Partes Contratantes na aceção do Acordo de Schengen de 14 de Junho de 1985, relativo à supressão gradual dos controlos nas fronteiras comuns.

3 — Não existe a obrigação de readmissão referida no n.º 1 do presente artigo em relação à pessoa que, no momento da sua entrada no território da Parte Contratante requerente, detenha um visto ou uma autorização de residência válidos, emitidos por essa Parte Contratante, ou à qual, após a sua entrada, tenha sido emitido um visto ou uma autorização de residência por essa Parte Contratante.

4 — Se a pessoa referida no n.º 1 do presente artigo for titular de um visto ou de uma autorização de residência válidos, emitidos pela outra Parte Contratante, essa Parte Contratante readmitirá sem formalidades essa pessoa no seu território, a pedido da Parte Contratante requerente.

5 — Entende-se por autorização de residência, na aceção dos n.ºs 3 e 4 do presente artigo, toda a autorização, independentemente da sua natureza, emitida por uma Parte Contratante, que conceda o direito de residência no seu território. Esta definição não abrange a admissão temporária para efeitos de permanência no território de uma Parte Contratante, tendo em vista a análise de um pedido de asilo ou de um pedido de autorização de residência.

Artigo 3.º

1 — A Parte Contratante requerida deve responder aos pedidos de readmissão que lhe são apresentados no prazo máximo de oito dias.

2 — A Parte Contratante requerida deve tomar a cargo, no prazo máximo de um mês, a pessoa cuja readmissão aceitou. Esse prazo pode ser prorrogado a pedido da Parte Contratante requerente.

Artigo 4.º

As autoridades centrais ou locais competentes para analisar os pedidos de readmissão serão designadas pelos ministros responsáveis pelos controlos nas fronteiras e comunicadas, por via diplomática, às Partes Contratantes, o mais tardar no momento da assinatura do presente Acordo ou da adesão ao mesmo.

Artigo 5.º

1 — As disposições do presente Acordo não impedem a aplicação das disposições da Convenção de Genebra de 28 de Julho de 1951, relativa ao Estatuto dos Refugiados, tal como alterada pelo Protocolo de Nova Iorque de 31 de Janeiro de 1967.

2 — As disposições do presente Acordo não prejudicam as obrigações decorrentes do direito comunitário para as

Partes Contratantes que sejam membros das Comunidades Europeias.

3 — As disposições do presente Acordo não impedem a aplicação das disposições do Acordo de Schengen de 14 de Junho de 1985, relativo à supressão gradual dos controlos nas fronteiras comuns, nem a aplicação das disposições da Convenção de Aplicação do referido Acordo assinada em 19 de Junho de 1990 e da Convenção de Dublin de 15 de Junho de 1990, relativa à determinação do Estado responsável pela análise de um pedido de asilo apresentado num Estado membro das Comunidades Europeias.

Artigo 6.º

1 — O presente Acordo é assinado sem reserva de ratificação, de aceitação ou de aprovação ou sob reserva de ratificação, de aceitação ou de aprovação, seguida de ratificação, de aceitação ou de aprovação.

2 — O presente Acordo é aplicado provisoriamente a partir do 1.º dia do mês seguinte à data da sua assinatura.

3 — O presente Acordo entra em vigor no 1.º dia do 2.º mês seguinte à data em que as Partes Contratantes tenham manifestado o seu consentimento em estar vinculadas pelo Acordo, em conformidade com o disposto no n.º 1 do presente artigo.

4 — No que diz respeito a cada Parte Contratante que manifestar posteriormente o seu consentimento em estar vinculada pelo Acordo, este entra em vigor no 1.º dia do 2.º mês seguinte à recepção da notificação pelo depositário.

Artigo 7.º

1 — As Partes Contratantes podem decidir, de comum acordo, convidar outros Estados a aderirem ao presente Acordo. Esta decisão será tomada por unanimidade.

2 — A adesão ao presente Acordo pode ocorrer provisoriamente desde a sua aplicação provisória.

3 — O presente Acordo entra em vigor para um Estado aderente no 1.º dia do 2.º mês seguinte ao depósito do seu instrumento de adesão e, o mais tardar, no dia da entrada em vigor do presente Acordo.

Artigo 8.º

1 — Qualquer Parte Contratante pode notificar o depositário de uma proposta de alteração do presente Acordo.

2 — As Partes Contratantes adoptarão de comum acordo as alterações ao presente Acordo.

3 — As alterações entrarão em vigor no 1.º dia do mês seguinte à data em que a última Parte Contratante tiver manifestado o seu consentimento em estar vinculada pelas alterações do presente Acordo.

Artigo 9.º

1 — Cada Parte Contratante pode, após consulta com as outras Partes Contratantes, suspender ou denunciar o presente Acordo por motivos graves, através de uma notificação dirigida ao depositário.

2 — A suspensão ou a denúncia produzirão efeitos no 1.º dia do mês seguinte à recepção da notificação pelo depositário.


Artigo 10.º

O Governo do Grão-Ducado do Luxemburgo é depositário do presente Acordo.

Em fé do que os abaixo assinados, devidamente autorizados para o efeito, apuseram as suas assinaturas no final do presente Acordo.

Feito em Bruxelas em 29 de Março de 1991, em língua alemã, francesa, italiana, neerlandesa e polaca, fazendo fé qualquer dos cinco textos, num único exemplar, que será depositado nos arquivos do Governo do Grão-Ducado do Luxemburgo.

Pelo Governo do Reino da Bélgica:



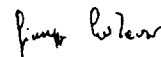
Pelo Governo da República Federal da Alemanha:



Pelo Governo da República Francesa:



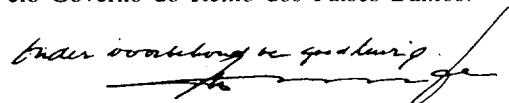
Pelo Governo da República Italiana:



Pelo Governo do Grão-Ducado do Luxemburgo:



Pelo Governo do Reino dos Países Baixos:



Pelo Governo da República da Polónia:



Declaração comum

No momento da assinatura do Acordo Relativo à Readmissão de Pessoas em Situação Irregular a 29 de Março de 1991 em Bruxelas, as Partes Contratantes declaram comprometer-se:

A não aplicar os procedimentos do Acordo, em relação a nacionais de países terceiros, sempre que se verifique que essas pessoas entraram no território da Parte Contratante requerente antes da data da aplicação provisória do Acordo;

A não se basear nos procedimentos do Acordo, em relação a nacionais de um dos Estados signatários do Acordo, sempre que se verifique que essas pessoas entraram no território da Parte Contratante requerente antes da data da aplicação provisória do Acordo.

As Partes Contratantes reafirmam o seu compromisso de retomar os seus nacionais em conformidade com os princípios gerais do direito internacional.

Feito em Bruxelas, em 29 de Março de 1991, em língua alemã, francesa, italiana, neerlandesa e polaca, fazendo fé qualquer dos cinco textos num único exemplar, que será depositado nos arquivos do Governo do Grão-Ducado do Luxemburgo.

Pelo Governo do Reino da Bélgica:

Pelo Governo da República Federal da Alemanha:

Pelo Governo da República Francesa:

Pelo Governo da República Italiana:

Pelo Governo do Grão-Ducado do Luxemburgo:

Pelo Governo do Reino dos Países Baixos:

Pelo Governo da República da Polónia:

Acta

No momento da assinatura do Acordo Relativo à Readmissão de Pessoas em Situação Irregular, as Partes Contratantes vinculadas pelo Acordo de Schengen de 14 de Junho de 1985, a seguir denominadas Partes Contratantes, apresentaram as seguintes declarações comuns:

1 — *Declaração relativa aos artigos 1.º, 2.º e 5.º, n.º 3.* — A pedido de uma Parte Contratante, as Partes Contratantes coordenarão as suas posições sobre as modalidades de entrega de um estrangeiro no respeito dos objectivos da Convenção de Aplicação do Acordo de Schengen de 19 de Junho de 1990, nomeadamente no que diz respeito à entrega imediata e que represente o encargo menos oneroso para as Partes Contratantes, em conformidade com os artigos 1.º e 2.º do Acordo de Readmissão. Para

o efeito conformar-se-ão com a compensação dos desequilíbrios financeiros prevista no artigo 24.º da Convenção de Aplicação do Acordo de Schengen de 19 de Junho de 1990.

2 — *Declaração relativa aos artigos 2.º e 5.º, n.º 3.* — A obrigação de readmissão entre as Partes Contratantes resultante do Acordo de Readmissão é limitada, provisoriamente, aos nacionais da República da Polónia. A obrigação de readmissão será estendida aos nacionais de outros Estados, mediante decisão do Comité Executivo, instituído pelo artigo 131.º da Convenção de Aplicação do Acordo de Schengen de 19 de Junho de 1990, logo que esta tenha entrado em vigor, e no período anterior a essa entrada em vigor dos ministros responsáveis de acordo com o direito nacional.

3 — *Declaração relativa aos artigos 8.º e 5.º, n.º 3.* — As Partes Contratantes acordam verificar em conjunto, aquando da entrada em vigor da Convenção de Aplicação do Acordo de Schengen de 19 de Junho de 1990, se o Acordo de Readmissão necessita de adaptações.

4 — *Declaração relativa aos artigos 9.º e 5.º, n.º 3.* — Em caso de suspensão ou de denúncia do Acordo de Readmissão por uma das Partes Contratantes, as outras Partes Contratantes poderão igualmente suspender ou denunciar o presente Acordo.

Feito em Bruxelas em 29 de Março de 1991, em língua alemã, francesa, italiana e neerlandesa, fazendo fé qualquer um dos quatro textos, num exemplar único, que será depositado nos arquivos do Governo do Grão-Ducado do Luxemburgo.

Pelo Governo do Reino da Bélgica:

Pelo Governo da República Federal da Alemanha:

Pelo Governo da República Francesa:

Pelo Governo da República Italiana:

Pelo Governo do Grão-Ducado do Luxemburgo:

Pelo Governo do Reino dos Países Baixos: